

Grünberger Wochenblatt.

Erscheint täglich.
 Monatlicher Bezugspreis: Aus der Geschäftsstelle
 oder den Ausgabestellen abgeholt 1,50 RM. (wöchentlich
 38 Pf.); ins Haus gebracht 1,75 RM.
 Durch die Post bezogen kostet das Wochenblatt monatlich
 1,50 RM.; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 1,80 RM.

Zeitung für Stadt und Land.

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 Millimeter breite
 Zeile kostet 20 Pf. — Die Restzeile (90 Millimeter
 breit) kostet 80 Pf. Fernsprecher: Nr. 2, 101 und 102.
 Postfach-Nr. 20. Breslau 12347.
 Bank-Konten: Dresdener Bank, Deutsche Bank und
 Disconto-Gesellschaft, Stadt-Parlasse, Kreis-Parlasse
 sämtlich in Grünberg in Schlesien.

Die Lausanner Vollziehung vertagt.

Zwischenbesprechungen über die Hauptprobleme. — Der französische Widerstand. — Unterredung eines Pressevertreters mit dem Reichkanzler. — Ein bemerkenswerter Brief des belgischen Königs.

Nach Schluß der gestrigen Nachmittags-Sitzung, die nur wenige Minuten dauerte und an der alle Hauptdelegierten teilnahmen, wurde folgendes Communiqué ausgegeben:
 „Die Chefs der Delegation und andere Delegierte der einladenden Mächte versammelten sich heute nachmittag um 4 Uhr im Hotel du Château. Der Präsident der Konferenz beabsichtigte seine Kollegen, daß Besprechungen im Gange seien und fortgeführt würden zwischen den Delegationen über die Hauptprobleme der Konferenz. Um Zeit für die Entwicklung dieser Gespräche zu gewinnen, wurde entschieden, die Vollziehung, die für Dienstag, den 21. Juni, um 10 Uhr vorgesehen war, zu vertagen.“
 Im allgemeinen wird angenommen, daß man bei den vorangegangenen Besprechungen, wenn man auch nur leise Möglichkeiten zur Schaffung praktischer Pläne sich abzeichnen sah, diese erst etwas konkretisieren will, bevor man zu einer neuen Plenarsitzung zusammentritt. Eine pessimistischere Auffassung geht dahin, daß die Vertagung eben deshalb notwendig erscheint, weil noch nicht genügend Übereinstimmung in bezug auf die vorhandenen Möglichkeiten zur Schaffung eines konkreten Arbeitsprogramms vorliegt.

Der Lausanner Berichterstatter des „Temps“ meldet, daß die Besprechung, die die englischen und französischen Minister gestern vormittag gehabt haben, sich insbesondere auf die Anwendung der am 17. Juni angenommenen Fünfmächte-Erklärung bezogen haben, deren Folgen und praktische Tragweite jetzt zu prüfen sei. Nach dem Lausanner Berichterstatter des „Journal des Débats“ steht dabei im Vordergrund der Erörterungen ein Vorschlag des französischen Abgeordneten M. S. Germain-Martin, die Reparationslasten auf England und Deutschland zu verteilen, was man überzeugt gewesen ist, daß nach der Erklärung vom 17. Juni die Frage einer Ausdehnung der Zahlungen für unbegrenzte Zeit durchaus die Billigung Frankreichs finde.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ schreibt über eine Unterredung in Lausanne mit Reichkanzler von Papen, der Kanzler habe zu verstehen gegeben, daß das deutsche Volk durch die zahlreichen internationalen Konferenzen sehr enttäuscht worden sei, weil bei diesen schließlich nichts herausgekommen sei. Der Kanzler halte eine aktive und aufrichtige wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit der Völker für notwendig. Zur Frage der deutsch-französischen Verständigung erklärte der Berichterstatter, der Kanzler sei überzeugt, daß es in Deutschland einen ungetrübten und heilsamen Eindruck machen würde, wenn die Lausanner Konferenz u. a. zu einer neuen deutsch-französischen Annäherung auf verschiedenen Gebieten führen würde.

Wie ein Alarmruf hat ein Brief gewirkt, den der belgische König an seinen Ministerpräsidenten geschrieben hat und der mit betonter Absicht veröffentlicht wird. Ein Brief, der eine letzte Warnung an die selbstmörderische Wirtschaftspolitik der europäischen Großmächte darstellt, und der ankündigt, daß die anderen Länder, die kleineren und mittleren, nicht gewillt sind, den Selbstmord der Großen mitzumachen. „Kein Land sei allein imstande, durch eigene Kraft den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zu seinen Gunsten zu ändern. Nur eine gemeinsame Aktion der Staaten im Sinne der internationalen Solidarität könnte den tiefwurzelnden Übeln abhelfen, an denen die Welt heute leidet.“ Mit diesen Worten kündigt der König eine Initiative Belgiens an unter Mitwirkung anderer Staaten, die zu einer radikalen Aenderung der Wirtschaftspolitik führen soll.

Der Brief beschäftigt natürlich die Männer in Lausanne, für die er schlecht geschrieben ist. Die belgische Aktion zielt auf eine positive Politik ab, auf eine Politik des „Ja“. Ob dieses Ziel noch in diesen Tagen in Lausanne erreicht werden kann, scheint mehr als zweifelhaft. Man braucht noch geraume Zeit. Aber man will wenigstens eins: man will eine „Konferenz ohne Nein“. Damit glaubt man schon viel gewonnen. Unter früheren Gesichtspunkten aus vergangenen Epochen gewiß viel, aber es ist zu spät, um genug zu sein. Die europäische Wirtschaft ist am Verfaulen. Und wenn der längst gesundene Weg von der Konferenz ohne Nein nicht sehr schnell zur Konferenz des Ja führt, dann wird die wirtschaftliche Katastrophe politische Folgen haben, die unvorstellbar sind. In Deutschland die Millionen-Arbeitslosen in ein grelles Licht stellt.

Die französische Tagespresse berichtet über eine Meinungsverschiedenheit zwischen Herriot und Macdonald in der Reparationsfrage.

Lausanne, 21. Juni. Ein gewisses Aufsehen erregte eine gestern in den späten Abendstunden stattgefundene Zusammenkunft zwischen Herriot und dem amerikanischen Delegierten in Genf, Gibson. Sie fand in Morges bei Lausanne statt. Dabei hat gutem Vernehmen nach Gibson erklärt, wenn Frankreich die amerikanischen Wünsche in Bezug auf die quantitative Abriistung nicht erfülle, so könne es nicht erwarten, daß Amerika die Kriegsschulden streiche; denn die Last dieser Schulden beruhe nur einen Bruchteil derjenigen der Rüstungsausgaben. Diese Erklärung ist insofern besonders bemerkenswert, als sie zum ersten Male aus berufenem amerikanischen Munde in diesem Zusammenhang eine Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Möglichkeit einer Kriegsschuldenstreichung enthält. Es verlautet heute morgen, daß Herriot im Zusammenhange mit diesen gestrigen Unterhaltungen vorübergehend nach Genf fahren wird.

Die schwierigen Abrüstungsverhandlungen.

Notwendigkeit praktischer Ergebnisse. — Die englischen Abrüstungspläne. — Wozu die amerikanische Sympathie abhängt.

Die privaten Besprechungen der Delegationsführer Großbritanniens, Amerikas und Frankreichs wurden gestern fortgesetzt. Allgemein hört man, daß die drei Hauptdelegierten in diesen Besprechungen auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen seien.

Der deutsche Delegationsführer Radolow hatte eine Unterredung mit Grandi, in deren Verlauf die einzelnen Probleme der Konferenz im Sinne einer Gesamtlösung besprochen wurden. Weitere Besprechungen ähnlicher Art werden mit anderen Delegationen folgen.

Wie aus Kreisen der Delegationen verlautet, zielen die Besprechungen darauf ab, im Laufe der nächsten Wochen zu praktischen Ergebnissen der Abrüstungskonferenz zu kommen. Man läßt durchblicken, daß solche Ergebnisse unbedingt erreicht werden müßten mit Rücksicht auf die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Haltung in der Frage der politischen Zahlungen sich wahrscheinlich noch mehr verschieben würde, wenn nicht wenigstens einige der Abrüstungsfragen, mit denen sich die Konferenz beschäftigt, schon in diesem Sommer positiv entschieden würden.

Nach einer Meldung der „Liberé“ aus Genf sollen die englischen Abrüstungspläne sich auf folgende Punkte beziehen: 15 jährige Rüstungspause, allgemeine Herabsetzung der Militärkredite um 5 bis 15 Prozent, die Beseitigung des chemischen und bakteriologischen Krieges, Kontrolle der privaten Rüstungsfabrikation, genaue Reglementierung des Bombenflugwesens und der Handelsluftfahrt und Einsetzung einer ständigen Abrüstungskommission.

Präsident Hoover hatte ein längeres Telefongespräch mit Vortrags-Gibson in Genf, in dem er u. a. besonders betont haben soll, daß Europa auf keine Sympathie hoffen könne, solange es gewaltige Summen für Kriegsrüstungen ausbe.

London, 21. Juni. „Times“ schreiben, es bestehe Grund für die Annahme, daß die Franzosen ihren Vorschlag betreffend eine Völkerbundarmee zurückziehen würden.

Gegen Kriegsschulden u. Reparationen

New York, 21. Juni. Auf dem Jahresbankett des amerikanischen Klammeverbandes erklärte Präsident Butler, Kriegsschulden und Reparationen seien eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Für Verlängerung der Krise müßte Frankreich die Hauptverantwortung auf sich nehmen. Es liege in der Hand des Kongresses, die Dauer der Weltwirtschaftskrise zu beeinflussen, da seine Haltung gegenüber der Kriegsschuldenfrage, wenn auch unabsichtlich, eine Verlängerung der jetzigen Zustände nach sich ziehen würde.

Finanzhilfe für Oesterreich.

Die interessierten Großmächte zu alsbaldiger Zustimmung aufgefordert.

Genf, 20. Juni. Der Vorsitzende des Völkerbunds-Ausschusses für die Finanzhilfe zugunsten Oesterreichs, der schweizerische Bundesrat Mülin, hat die vier interessierten Großmächte, insbesondere aber Frankreich und England, dringend aufgefordert, alsbald ihre Zustimmung zu dem vorliegenden Kreditplan zu erteilen, da Oesterreich sonst noch in dieser Woche zu einer Devisenperre für Auslandszahlungen werden könnten müssen.

Wien, 20. Juni. Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat sich entschlossen, noch heute nach Lausanne zu reisen, um auf eine rasche Klärung der Oesterreich beruhrenden und gegenwärtig in Genf und Lausanne verhandelten Fragen persönlich Einfluß zu nehmen.

Lausanne, 20. Juni. Die italienische Regierung hat sich für die österreichische Anleihe zu einer Beitragsleistung von 30 Millionen Schilling bereit erklärt.

Holländisch-belgisch-luxemburgische Zollkonvention.

Lausanne, 20. Juni. Die Vertreter Hollands, Belgiens und Luxemburgs haben eine Konvention paraphiert, die die gegenseitige schrittweise Herabsetzung der Wirtschaftsschranken vorsieht, insbesondere eine jährliche Senkung des Zollniveaus um 10 Prozent. Die Konvention steht allen andern Staaten zum gleichberechtigten Beitritt offen.

Hitler beim Reichsinnenminister.

Berlin, 21. Juni. Wie wir erfahren, hat der Führer der Nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gestern dem Reichsinnenminister Freiherrn v. Papen einen Besuch abgestattet. Die „Deutsche Zeitung“, die ebenfalls über die Besprechungen zwischen dem Minister und Hitler berichtet, behauptet, daß Hitler insbesondere die Vorgänge in München und Köln zur Sprache gebracht und Vorstellungen erhoben habe gegen die Nichtdurchführung der politischen Notverordnung in den einzelnen Ländern. Eine amtliche Mitteilung war, wie das Blatt schreibt, in späterer Nachtstunde nicht zu erhalten.

NSDAP über NSDAP.

München, 21. Juni. Die Nationalsozialistische Korrespondenz“ legt heute ihre Mitteilungen aus dem Notfrontkämpfer-Bund fort. Sie veröffentlicht einen Erlaß der Reichsleitung des NSDAP, von dem sie erklärt, er sei als Befehl an die Untergliederungen des Bundes weitergegangen. Dieser „Erlaß“ sei vom 18. Juni datiert; in ihm heiße es u. a., daß jede sog. Flügel-Gruppe einen Abwehrmann zu stellen habe, der bewaffnet sein müsse. Diese Abwehrleute würden von den Zugführern des Bundes ernannt; sie seien nur den höheren Führern bekannt.

Adolf Hitler sprach in Weimar.

Weimar, 20. Juni. An einer von etwa 2000 Teilnehmern besuchten Amtsaltertagung des Bundes Thüringen der NSDAP nahmen auch Dr. Goebbels und Hauptmann Götting teil. Adolf Hitler, der auf der Reise von Hesse nach Berlin hier abgestiegen war, wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt. In einer kurzen Ansprache führte er u. a. aus, er hoffe nicht, daß die kommenden Reichstagswahlen der letzte Kampf sein würde. Er hoffe vielmehr, daß niemals der Zeitpunkt eintreten werde, wo auch die Führer sagen: Nun wollen wir zur Ruhe gehen. Er hoffe, daß die Bewegung dauernd scharf bleibe. Der 31. Juli sei für die NSDAP wiederum ein Meßtag, um zu sehen, wie stark sie sei. Er werde in eine Koalition hineingehen unter der Voraussetzung, daß sie nicht die Politik des Überwundenen Deutschlands, sondern die des kommenden Deutschland betreiben wird. Wenn das nicht möglich sei, dann würden die Nationalsozialisten lieber mit 200 Mann in der Opposition stehen, als 30 Ministerposten besitzen.

Am Schluß seiner Ausführungen sprach Adolf Hitler die Hoffnung aus, daß Thüringen bei seiner bevorstehenden Landtagswahl ebenso wie Mecklenburg und Oldenburg einen nationalsozialistischen Sieg erringen werde.

Transaktionen bei der Gelsenkirchener.

100 Millionen Reichsmittel?

Berlin, 20. Juni. Bevorstehende Transaktionen bei der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. werden von der Presse sehr beachtet. In fast allen Stimmen kommen die engen Bindungen der Dresdner Bank an das Reich zum Ausdruck. — Der gesamte Aufwand der öffentlichen Hand für die Übernahme eines ausfallagelassenen Pakets Gelsenkirchener Bergwerksaktien aus dem Besitz der Gruppe Bild-Charlottenhütte wird laut „Stfkt. Ztg.“ 100 Mill. RM. übersteigen.

Gepantler Anschlag gegen das Weiße Haus?

Washington, 21. Juni. Die Newyorker Geheimpolizei hat den hiesigen Behörden mitgeteilt, daß zwei Männer in einem mit Explosivstoffen geladenen Kraftwagen nach Washington mit der Absicht fahren, das Weiße Haus in die Luft zu sprengen. Infolgedessen werden alle Einfahrtsstraßen der Hauptstadt streng bewacht und die Wache des Weißen Hauses ist verstärkt worden.

Borah unterstützt nicht Hoovers Wiederwahl.

New York, 20. Juni. Senator Borah gab heute im Senat die Erklärung ab, daß er Hoovers Wiederwahl nicht unterstütze. Ob dies ein Anlaß zur Aufstellung einer Sonderkandidatur des unverwundlichen Alkoholfreies bedeute, ist ungewiß, da Borah trotz allem den Republikanern treu bleibt. Aber sie bedeutet eine schwere Einbuße der Chancen Hoovers.

Beginn des Eucharistischen Kongresses.

Dublin, 20. Juni. In der irischen Hauptstadt hat der Eucharistische Kongress begonnen, die diesjährige internationale Katholiken-Versammlung zur Verehrung des Altarsakraments. Die Zahl der Kongreßteilnehmer, die aus aller Welt gekommen sind, wird auf über 250 000 geschätzt. In Dublin, das in reichem Flaggenschmuck steht, weht kein einziger „Union Jack“. Die irische „Republikanische Armee“ hat alle englischen Fahnen heruntergeholt. Dem päpstlichen Legaten, Kardinal Lauri, ist von der irischen Regierung ein königlicher Empfang bereitet worden.

1. Beilage zum Grünberger Wochenblatt No. 143.

Dienstag, den 21. Juni 1932.

Ununterbrochene Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in Preußen.

Während im Mai die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge weiter zurückgegangen ist, hat die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen erneut zugenommen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Erhebung des Preussischen Statistischen Landesamts vom 31. Mai 1932 entnimmt, sind in Preußen 1 508 988 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschl. der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden gegenüber 1 464 358 Ende April. Somit ergibt sich auch im Mai wieder eine Zunahme um 44 630 Wohlfahrtserwerbslose oder 3,0 v. H., die fast ebenso stark ist wie die im April erfolgte Er-

höhung (49 768), während im Mai v. J. ein geringer Rückgang (7308) zu verzeichnen war. Gegen den 31. Mai 1931 ist die Wohlfahrtserwerbslosenzahl um 796 114 oder 111,7 v. H. höher.

Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 38,9 Wohlfahrtserwerbslose. 56 787 Wohlfahrtserwerbslose haben in Fürsorge- oder Notstandsarbeit vereinzelt auch in freiwilligem Arbeitsdienst, gestanden. Wie im April, ist auch im Mai der Zugang an Wohlfahrtserwerbslosen in den Landkreisen (+ 2,0 v. H.) infolge des Saisoninflusses verhältnismäßig etwas geringer gewesen als in den Stadtkreisen (+ 3,6 v. H.).

Neuregelung der Krisenfürsorge für Arbeitslose.

In dem geistigen Artikel „Neuregelung der Krisenfürsorge für Arbeitslose“ muß der letzte Absatz lauten:

„Der Erlass tritt am 27. Juni 1932 in Kraft. Er ergreift auch die laufenden Unterstützungsfälle. Ergeben sich hiernach andere Unterstützungsfälle wie bisher, so dürfen die bisherigen Unterstützungen noch bis zum 23. Juli 1932 weitergezahlt werden.“

Veränderte Berechnung der Krankenversicherungsbeiträge für die Arbeitslosen

Berlin, 20. Juni. Die Neufestsetzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge macht eine Anpassung und eine veränderte Berechnung der Beiträge zur Krankenversicherung für die Arbeitslosen erforderlich. Diese Regelung ist in Vorbereitung. Für die Uebergangszeit hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß für die Berechnung der Beiträge der doppelte Betrag der Unterstützung als Grundlohn anzusehen ist. Falls hiernach ein geringerer Betrag als der um 5 Prozent gekürzte Junibeitrag sich errechnen würde, können die Krankenkassen die Zahlung dieses gekürzten Junibeitrages verlangen. Die Uebergangsregelung gilt bis zum 1. November d. J.

Die Arbeitslosigkeit in Oesterreich.

Wien, 20. Juni. Mitte Juni 1932 wurden in Oesterreich insgesamt 266 403 unterstützte Arbeitslose gezählt. Im Vergleich zur letzten Zählung ergibt sich eine Abnahme um rund 5000 Personen.

Konflikt Vatikan—polnische Regierung.

Warschau, 20. Juni. Wie die „Freie Presse“ aus Warschau erfährt, ist zwischen dem Vatikan und der polnischen Regierung ein Konflikt darüber ausgebrochen, daß die polnische Regierung bei der Herabsetzung der Beamtenegehälter auch die Gehälter der katholischen Priester um 20 Prozent gekürzt hat. Die polnische Regierung hat eine Kommission nach Polen entsandt, die die Streitfrage prüfen soll. Die katholischen Priester haben erklärt, daß sie auf keinen Fall auf den ihnen genommenen Gehaltsanteil verzichten könnten. Die Regierung dagegen läßt verlautbaren, daß von einer Verletzung des Konfessionsgesetzes gar keine Rede sein könne. Sie habe 1927 den Beamten und den Geistlichen eine Gehaltszulage von 10 Prozent gewährt, ohne daß der Vatikan Einspruch erhoben habe.

Die polnische Regierung macht hinsichtlich des bevorstehenden Besuchs deutscher Kriegsschiffe in Danzig formale Schwierigkeiten.

Lord Lloyd einem Bombenanschlag entgangen?

London, 20. Juni. Der frühere Gouverneur von Bombay und Oberkommissar von Ägypten, Lord Lloyd, wäre, wie es den Anschein hat, am Sonnabend fast einem Bombenanschlag zum Opfer gefallen. Er hatte in einer Schule in Cumberland eine Preisverteilung vorgenommen. Kurz nachdem er das Podium verlassen hatte, entdeckte man unter diesem eine hölzerne Kiste, in der sich ein Apparat befand, der einer Höllemaschine ähnelte. Er bestand aus zwei mit einer pulverartigen Masse gefüllten Metallzylindern und einem damit verbundenen Uhrwerk. Ob es sich allerdings wirklich um die Vorbereitung eines Attentats oder nur um einen schlechten Scherz handelt, muß erst die nähere Untersuchung der Angelegenheit ergeben.

Nordniedererschlesische Fahrplankwünsche.

Einführung von Sonntagsfahrkarten Berlin—Grünberg, Breslau—Grünberg. — Verlegung des D. 31 in die Fahrplananlage des ausgefallenen D. 39. — Anschlußzug Sorau—Sagan.

Von der Verkehrsvereinigung Nordniedererschlesien und der Industrie- und Handelskammer Sagan sind wieder verschiedene Wünsche dem Schlesischen Verkehrsverband zur Weitergabe unterbreitet worden.

Unter anderem wird hervorgehoben, daß die Einführung folgender Sonntagsfahrkarten einem dringenden Bedürfnis entspricht: Breslau—Grünberg, Berlin—Grünberg, Sprottau—Giegnitz, Sprottau—Görlitz. Nachdem die Reichsbahn durch die Ferienkarten und die Urlaubskarten für viele Verbindungen Ermäßigungen hat eintreten lassen, bestünde keinerlei Grund mehr, in der Ausgabe von Sonntagsfahrkarten eine so große Zurückhaltung zu beobachten wie bisher. Das nördliche Niederschlesien sei in dieser Beziehung besonders benachteiligt. Die vorgenannten Verbindungen seien selbstverständlich und ganz augenfällig besonders wichtig und dringend. Sie wären jetzt durch Vorausbestellungen sowieso größtenteils wohl herzustellen. Es bedeuere daher nur eine bürokratische Erschwerung, wenn nicht direkte Sonntagsfahrkarten ausgeben werden. Während der Harz von Berlin aus mit Sonntagsfahrkarten zu erreichen sei, werde bei Grünberg behauptet, es wäre zu weit von Berlin, obwohl es näher liegt als die Harzorte.

Das „Grünberger Wochenblatt“ hat den Wunsch auf Einführung der Sonntagsfahrkarte Berlin—Grünberg, Breslau—Grünberg wiederholt, zuletzt in Nr. 89, zum Ausdruck gebracht und als eine durchaus berechtigte dringliche Forderung, zumal in der Reisezeit, nachdrücklich vertreten. Es müßte geradezu als ein besonderes Kuriosum im Eisenbahnverkehr bezeichnet werden, wenn sich die Reichsbahn in dieser Sache weiterhin sperren wollte.

D 39 verkehrt Berlin (Schles. Bf.) ab 20.07 Uhr, Breslau an 0.44 Uhr. Der Ausfall dieses Zuges wird auf der ganzen Strecke sehr bedauert, wenn auch für Sagan ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen ist, daß D 37 nicht mehr als FD gefahren wird, sondern in Sagan hält. Man möchte trotzdem doch der auch von Oberschlesien und von Guben zugegangenen Anregung entsprechen und den Antrag zur Diskussion stellen, ob es nicht möglich wäre, den einen der beiden nur mit 1½ Stunden Abstand verkehrenden Morgenzüge D 39 und D 31 in die Fahrpläne des D 39 zu verbrängen. Wenn dies geschehen soll, würde D 31 eher entbehrt werden können, als D 39, da D 39 nicht nur gute Anschlüsse aus dem Westen früher nach Schlesien bringt, sondern auch die erste beschleunigte Vormittagsverbindung nach Breslau darstellt, die man an sich natürlich noch 3 Stunden früher wünschen würde. Schließlich verkehren auch D 35 und D 219 in nicht zu großem Abstand, so daß der Ausfall von D 31 wohl noch am erträglichsten erscheint. Sobald es die finanziellen Verhältnisse erlauben, möchte jedenfalls D 39 wieder gefahren werden.

D 41 trifft 2.50 Uhr in Sorau ein. D 42 3.23 Uhr. Der Anschlußzug verkehrt erst 4.40 Uhr. In den Nachtstunden ist der Aufenthalt in Sorau wenig angenehm. Es wäre erwünscht, wenn ein Anschlußzug etwa 3.23 Uhr fahre. Dadurch würde die Benachteiligung gemildert, die besonders darin liegt, daß D 41 und D 42 nicht mehr über Sagan verkehren, wie vor dem Kriege. Es würde eine günstige Sättungsverbindung gerade auch von Breslau her geschaffen werden. In der Gegenrichtung besteht der Anschluß an D 42.

Das Mietbeihilfesystem im Juli.

Durch die Preussische Verordnung vom 9. Juni d. J. sind die Vorschriften über die Stundung und Niederücklegung der Hauszinssteuer für hilfsbedürftige Mieter aufgehoben und stattdessen ist das Mietbeihilfesystem eingeführt worden. Die Neuordnung tritt ab 1. Juli d. J. in Kraft. Es wird technisch unmöglich sein, die durch diese Gesetzesänderung bedingte Umstellung der Arbeiten auf die Fürsorgebehörde bis zum 1. Juli d. J. durchzuführen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Finanzminister daher genehmigt, daß den Hauseigentümern, denen bisher Stundung hilfsbedürftiger Mieter gewährt wurde, für den Monat Juli stillschweigend noch ein entsprechender Betrag zinslos bis zur erfindungsliehen Entscheidung durch die Fürsorgebehörde gestundet wird.

Letzte Nachrichten.

Grünberg, 21. Juni 1932.

* Rot-Kreuz-Sammlung in Grünberg. Nach Abzug der entstandenen Unkosten verbleiben aus der Straßensammlung für Zwecke des Roten Kreuzes 180,32 RM.

* Nordschlesischer RKB-Bezirksstag. Der das ganze nördliche Niederschlesien umfassende Bezirk Glogau im Gauverband der Provinz Niederschlesien innerhalb des Reichsverbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands (Sitz Essen) e. V. hielt am Sonntag im Kolpinghaus in Glogau seinen Bezirksstag bei guter Beteiligung ab. Der Bezirksstag nahm zunächst ein ausführliches Referat des Gaugeschäftsführers, Synodus Dr. Günther Saath (Breslau), entgegen. Der Referent behandelte dabei das Problem der berufständlichen Wirtschaftsordnung. Der Vortrag, der eine längere Debatte auch über die Berufsständekammern zur Folge hatte, war ein Ruf zur Erreichung einer schicksalsverbundenen Gemeinschaftsarbeit an der Wirtschaft als oberstes Ziel. Eine Debatte über weitere wirtschaftspolitische Tagesfragen leitete über zur Entgegennahme der Tätigkeitsberichte der einzelnen dem Bezirk angeschlossenen Vereine. Alle Berichterstatter wiesen übereinstimmend darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit vieler Verbandmitglieder für die Hauptgrund der Erschwerung der Durchführung der Vereinsarbeit ist. Den Kassenbericht erstattete für den erkrankten Bezirkskassierer, Reichsbankbeamten Reich (Glogau), Kaufmann Mucha (Glogau), worauf der Antrag auf Entlastung des Kassierers angenommen wurde. Bei der von Lange (Neusalz) geleiteten Neuwahl des Bezirksvorstandes wurde Stadtv. Mühl (Glogau) als Bezirksvorsitzender einstimmig wiedergewählt. Für Kaufmann Fiedler, der sein Amt als stellvertretender Bezirksvorsitzender freiwillig niedergelegt hatte, wurde Bezirksführer Wajnski (Glogau) bei Belassung in seinem Schriftführeramt gewählt. Als Bezirkskassierer wurde Reichsbankbeamter Reich (Glogau) einstimmig wiedergewählt. Der Bezirksstag hörte hierauf den Bericht des Verhandlungsleiters über den am 30. April in Erfurt abgehaltenen Reichsverbandstag der kath. kaufm. Vereinigungen Deutschlands, in dessen Mittelpunkt ein groß angelegtes wirtschaftspolitisch-grundsätzliches Referat des damaligen Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald gestanden hatte. Nach Stellungnahme zum Erfurter Programm des RKB. berichtete der Vorsitzende des Glogauer V. I. K. A., Hans May, über Verlauf und Ergebnis des Reichshundestages der jungen katholischen Kaufleute in Limburg (Lahn). Im weiteren Verlauf der Verhandlungen, die sich von Mittags bis in die Abendstunden hinzogen, kam der Gaugeschäftsführer auf die Stellenvermittlungsstelle des niederschlesischen RKB-Gaues zu sprechen und erklärte, daß diese RKB-Korporation die meisten Stellenlosigkeiten in ganz Deutschland vermittelt habe. Nach Entgegennahme eines längeren Referates über die allgemeine politische Lage beschloß der Bezirksstag einstimmig, an Reichskanzler a. D. Brüning ein Ergebnis schreiben zu richten und ihn der weiteren Ernte der RKBer zu versichern. Zustimmung fand ein Antrag Neusalz, wonach der Verband mit den maßgebenden Stellen dahingehend Verhandlungen aufzunehmen hat, daß Einheitspreisgeschäfte und deren Ertrag überhaupt nicht mehr erzielt werden dürfen, und daß bestehende derartige Geschäfte auf schnellstem Wege zu schließen sind. Der nächste Bezirksstag findet aus pekuniären und praktischen Gründen wieder in dem am zentralsten gelegenen Glogau, und zwar im April 1933, statt.

* Tagung der schlesischen Lebensmittelhändler. Auf dem 7. Verbandstag der Lebensmittelhändler Schlesiens, der in Breslau abgehalten wurde, sprach zunächst Verbands-

Warum?—

Jeder lobt
Jeder begehrt
Jeder kauft
Jeder raucht

Weil Juno der Inbegriff von etwas Köstlichem ist und soviel des Guten an edlen Tabaken bietet, daß sie auf wertvolle Zugaben, wie Gutscheine, Wertmarken oder Stickereien verzichten kann.

JUNO

immer gleich gute Mischung,
immer volles Format, immer frisch!



KON UNON
JUNO
6 STÜCK 208

Kein Geld für die Siedlung?

Baupolizeiliche Erleichterungen für vorstädtische Kleinsiedlungsvorhaben. Zur Kritik der Siedlungsmethoden.

Die Reichsregierung hat mitteilen lassen, daß für 1932 50 Millionen für die Zwecke der Siedlung bereitgestellt würden. Das erweckt den Anschein, als ob die Neusiedlung fortgesetzt würde. Damit ist jedoch, wie der D3. bemerkt, keineswegs zu rechnen, sondern es handle sich, wie zuverlässig verlautet, bei diesen 50 Millionen RM. nur um die Mittel, die notwendig sind, um die bisher eingeleiteten Siedlungsverfahren im Ubergangsweg fortzuführen.

Durch Erlass vom 10. Mai 1932 sind den Regierungspräsidenten für die Zulassung von Siedlungsvorhaben, die als vorstädtische Kleinsiedlungen anerkannt werden, die Befugnisse aus § 7 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 übertragen worden. Dazu gehört auch die Befugnis, Abweichungen von den bestehenden Bauordnungsvorschriften zuzulassen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ersucht der Minister für Volkswohlfahrt in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten, von dieser Befugnis möglichst weitgehend Gebrauch zu machen und baupolizeiliche Erleichterungen für Gebäude, die in vorstädtischen Kleinsiedlungsgebieten errichtet werden, stets dann zu gewähren, wenn sie ohne Verletzung öffentlicher Interessen möglich sind.

Als Anhalt für diese Erleichterungen kann die von dem Wohlfahrtsminister erlassene Polizeiverordnung vom 4. Dezember 1931 dienen. An die Bauten der ohne Reichsmittel bauenden Stadtrand-siedler werden im allgemeinen keine höheren Anforderungen in baupolizeilicher Hinsicht zu stellen sein, als wie an die unter die Polizeiverordnung vom 5. Dezember 1931 fallenden Bauten.

Daher würde bei Räumen zum dauernden Aufenthalt von Menschen eine lichte Höhe von 2,20 Meter als ausreichend zugelassen, auf einen Anstieg der Kleinsiedlerstellen an Versorgungsleitungen (Wasserleitung, Lichtzufuhr, Entwässerungsanlage) verzichtet werden können. Zufahren zu den einzelnen Siedlungsgrundstücken sind nicht immer erforderlich. Als Zugang zu dem gesamten Siedlungsgebiet genügt ein einfacher und unbefestigter Zugang von 4 Meter Breite, bei kleinen Siedlungsgruppen von 3 Meter Breite. Auch von einer Einfriedigung der einzelnen Siedlungsgrundstücke kann unter Umständen abgesehen werden.

Auf die Forderungen des Doppelner Regierungsassessors Berting, der in Erörterung der Frage, ob die bisherigen Siedlungsmethoden richtig waren, für die Siedlung durch den Staat eintrat, erwiderte Frh. von Sauerma (Koblenz, Kr. Orlau) u. a.: „Es ist bekannt, daß der Grund, weshalb bisher verhältnismäßig wenig Landarbeiter auf zu siedelnden Betrieben angeheuert wurden, zum großen Teil bei den Landarbeitern selbst liegt, aber sich durchaus nicht immer aus ihrer Mittellosigkeit ergibt. In Fällen, in denen die Landarbeiter die erforderliche Anzahlung entweder bejahen oder sie ihnen aus den hierfür vorgesehenen Mitteln gegeben werden konnte, haben Arbeiter es abgelehnt, als Siedler festhaft zu werden. Der Grund hierfür ist un schwer verständlich: Es ist die Furcht vor der Selbstständigkeit mit ihren Lasten. Als selbständiger Besitzer hat er eine Reihe von Verpflichtungen zu übernehmen, in erster Linie das Aufbringen der eingetragenen Rente, deren Schwere er teils nicht überblickt, teils scheut. Ist die Siedlerstelle größer, so sind auch die Lasten schwerer. Der Arbeiter hat ja als solcher Jahre hindurch Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie schwer der selbständige Besitzer, sei er nun Groß- oder Kleinbauer, um seine Existenz ringt.“

Was die Siedlungssträger betrifft, so dürfte richtig sein, daß als Siedlungssträger nur Stellen in Betracht kommen können, die aufs schärfste kaufmännisch zu rechnen gewohnt sind. Ganz abgesehen davon, daß heute auch Behörden „mit jeder Mark rechnen müssen“ oder sollten, so

gibt nur ein kaufmännisch durchkalkulierter Finanzierungsplan dem anzusehenden Siedler die Gewähr, daß er die Siedlerstelle nicht überzahlt, also bei halbwegs gleichbleibenden Verhältnissen darauf existieren kann. Um dies zu erreichen, d. h. den Preis für den Siedler tragbar zu stellen, ist aber in erster Linie erforderlich, daß die Zeitspanne zwischen dem Erwerb eines Besitzes und dem Ansehen des Siedlers so kurz als irgend möglich ist. Dies ist aber bei dem etwas schwerfälliger arbeitenden behördlichen Apparat nicht möglich.

Der Vergleich mit der früheren Deutschen Aufstellungskommission in Polen ist insofern nicht stichhaltig, als zur Zeit der Tätigkeit der Kommission die Verhältnisse in Deutschland zu den heutigen sich verhielten wie Tag und Nacht. Damals war unser Vaterland eins der reichsten Länder, das es sich leisten konnte, für die Zwecke der Aufstellungskommission Beträge auszugeben. Heute muß strengste Sparsamkeit auf der ganzen Linie herrschen.

Zum Schluß sei noch ein wesentliches Bedenken gegen den „Staat als Siedlungssträger“ genannt: Man glaube doch nicht, daß Siedeln heute wirtschaftlich ohne Risiko für den Siedlungssträger ist. Dem bekannt ist, welche Verluste private Gesellschaften aus den Einkäufen 1931 bei den 1932 geltenden Landpreisen erlitten haben, der wird nicht wünschen, daß unser schwer mit Finanznöten ringender Staat auch noch mit diesem Risiko belastet wird!

Der Debaheim-Prozess.

„Die ganze Buchführung stimmt nicht!“ — Angeklagte, die sich gegenseitig die Schuld am Auslandsanleihe-Verlust zuschieben.

Berlin, 20. Juni. Zu Beginn der letzten Verhandlung gegen die Leitung des Debaheim-Konzerns richtete der Vorsitzende an den Zeugen Rechtsanwalt Bronker-Platow die Frage, ob die Baugenossenschaft von der Auslandsanleihe Geld bekommen dürfte. Der Zeuge meinte, daß dagegen keine Bedenken beständen, da es sich um ein gemeinnütziges Unternehmen handelte, vorausgesetzt, daß die entsprechenden Sicherheiten gegeben wurden. Er sei aber nie danach gefragt worden, und die Auslandsanleihe habe sich an die Hilfskasse halten müssen. Sie sei auch nicht geschädigt worden, sondern die Hilfskasse und die hinter ihr stehenden Verbände. Der Angeklagte Joppell erklärte dazu, daß nach ihm die Baugenossenschaft durch Clausen von der Auslandsanleihe direkt gekommen seien. Clausen bemerkte, daß er die Anweisungen nur nach Rücksprache mit der Leitung der Hilfskasse gegeben habe, was aber von Joppell bestritten wurde, der erklärte, wenn Clausen etwas vorgeschlagen habe, sei es genehmigt gewesen. Der Zeuge Bronker-Platow wandte sich dagegen, daß er immer mit dem Fall Lehmann in Verbindung gebracht werde, mit dem er nicht das Mindeste zu tun habe. Als nächster Zeuge berichtete Banier Fährmann, daß er eine Summe von 110 000 RM. in Reichsbankschicks an Clausen gegeben habe. Es sei festgestellt worden, daß zwei Schecks in Höhe von je 50 000 RM. an Rechtsanwalt Bronker-Platow gingen, während Clausen selbst einen Scheck über 10 000 RM. abgehoben habe. Als der Vorsitzende die Sachverständigen und die Verteidiger die einzelnen Buchungen nachprüften, erklärte Joppell, das Vergleichen habe keinen Zweck, die ganze Buchführung stimme nicht. Die Sache sei nur so zu klären, wenn die wirklichen Eingänge der Baugenossenschaft Mühlheim festgestellt würden. Clausen wurde auch vorgehalten, daß er für eine dreitägige Reise nach Amsterdam zur Erreichung von Auslandskrediten 1000 RM. liquidiert habe. Clausen wußte nicht anzugeben, bei welcher Stelle er die Summe liquidiert habe.

Erneut wurde der Fall Lehmann besprochen, der 200 000 RM. aus einem Kredit der Auslandsanleihe für die Baugenossenschaft zur Sanierung seines landwirtschaftlichen Betriebes erhalten hatte. An dem für die Auslandsanleihe entstandenen Verlust schrieben sich die Angeklagten Joppell und Clausen gegenseitig die Schuld zu.

Weiterverhandlung Dienstag.

Die Christl. Gewerkschaften zur politischen Lage.

Am 18. d. M. tagte in Königswinter der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. In einer Veröffentlichung über diese Frage wird die Kritik an der Zusammenfassung des neuen Kabinetts wiederholt und seine bisherige Politik als Vorbereitung eines faschistisch-reaktionären Regiments bezeichnet. „Der Hauptvorstand des Gesamtverbandes“, so heißt es weiter, „wird die ganze Kraft der Bewegung dafür mobil machen, daß die gegen den sozialen Volksstaat vorgehenden offen und verdeckt wirkenden Kräfte nicht obliegen. Er erhebt gegen die unsozialen Bestimmungen der Notverordnungen der neuen Regierung in der Öffentlichkeit und bei allen in Frage kommenden Regierungsstellen schärfsten Protest. Zugleich fordert er von der Regierung positive Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not.“

Die Erklärung spricht Bedenken gegen die Aufhebung des SA-Verbotes aus und kündigt eigene Maßnahmen zur Abwehr von Gewalttätigkeiten und Terror an.

In einem Telegramm an den Reichspräsidenten wird gegen die letzten Notverordnungen protestiert und die Erwartung ausgesprochen, daß die staatsbürgerliche Freiheit jedes einzelnen Deutschen, vor allem auch des wertvollen Volkes in Stadt und Land, völlig aufrechterhalten bleibe.

Die Zuständigkeit für Zeitungsverbote in Preußen.

Eine Verordnung des Preussischen Ministers des Innern.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister des Innern am 16. Juni folgende erste Verordnung zur Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 erlassen, in der er die für das Verbot periodischer Druckschriften in Preußen zuständigen Stellen benennt:

„Auf Grund des § 7 Absatz 1 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 wird folgendes bestimmt:

Außer mir, dem Minister des Innern, als der obersten Landesbehörde, sind für Maßnahmen nach § 7 der Verordnung die Oberpräsidenten für den Bereich ihrer Provinz, der Regierungspräsidenten von Sigmaringen für den Regierungsbezirk Sigmaringen und der Polizeipräsident in Berlin für den Bezirk der Stadt Berlin zuständig.“

Die Zuständigkeit der Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten in Sigmaringen und des Polizeipräsidenten in Berlin erstreckt sich auch auf das Verbot von Kopfbättern, soweit diese im Freistaat Preußen erscheinen und die das Verbot des Stammblasses veranlassenden Ausführungen gebracht haben.“

Männer und Frauen bei den kommenden Wahlen.

Verfügung über getrennte Abstimmung.

Der Reichsinnenminister hat in einem Rundschreiben an die Länder sich mit den nach Geschlechtern getrennten Wahlen befaßt und dabei ausgeführt:

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat in seiner Entscheidung vom 20. Oktober 1928 Bedenken gegen die §§ 5 und 41 der Reichsstimmordnung insoweit erhoben, als diese Vorschriften ausnahmslos für alle, auch die kleinsten Gemeinden, angewendet werden könnten. Bereits in früheren Rundschreiben an die Landesregierungen wurde darauf hingewiesen, daß für kleine Stimmbezirke die getrennte Stimmabgabe nicht unbedenklich sei, da sie das Wahlgeheimnis gefährden könne. Bei allen auf eine getrennte Stimmabgabe abzielenden Anordnungen wird daher besonders sorgfältig zu prüfen sein, ob eine getrennte Stimmabgabe ohne Gefährdung des Wahlgeheimnisses angeordnet werden kann. Eine Trennung der Wahlberechtigten nach Geschlechtern kann zur Vermeidung einer Verletzung des Wahlgeheimnisses nur in solchen Gemeinden vorgeesehen werden, die nach ihren Gesamtverhältnissen hierzu geeignet sind, wo durch die Größe der Stimmbezirke und bei Berücksichtigung aller Verhältnisse eine Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

Der polnische Uebergriff auf der Westplatte.

Danzig, 20. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der südliche Teil der blauen Zone auf der Westplatte heute 14,20 Uhr von den polnischen Soldaten, die am Sonnabend das Verladen der Munition auf den Dampfer „Cieszyn“ zu überwachen hatten, geräumt worden.

Ein Filzhut warnt Ihr Haar!



Auch das Haar für diesen Hut war einst locker und schmiegsam. Erst als es mit Seife behandelt wurde, verfilzte es...

Ihr zartes, empfindliches Haar würden Sie sicher nicht der Gefahr aussetzen, daß es durch gewöhnliche Seife seinen lebendigen Glanz verliert. Für das Haar brauchen Sie das milde, sodafreie Elida Shampoo! Ein Shampoo für nur 20 Pfennig, dem jetzt noch ein wirksames Haarpflegemittel beiliegt: Perfekta Zitronenbad.

ELIDA SHAMPOO

MIT PERFEKTA ZITRONENBAD



Perfekta Zitronenbad — zum Nachspülen — ist den letzten Rest von Shampoo aus dem Haar... erhöht den Glanz und erleichtert das Frisieren. Es gibt dem Haar die letzte Vollendung.

